

## Chancen und Grenzen von Selbstorganisation, Engagement und Mitverantwortung älterer Menschen in ländlichen Räumen

*Monika Alisch, Martina Ritter*

Der soziale und demographische Wandel sowie die Strukturkrisen der letzten Jahrzehnte stellen insbesondere ländliche Räume vor große Herausforderungen hinsichtlich der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in der öffentlichen Daseinsvorsorge (vgl. Küpper/Steinführer 2017).

Beschrieben werden brüchig werdende Infrastrukturen (vgl. Nationales Forum für Engagement und Partizipation o.J.: 24), die Ausdünnung sozialer Einrichtungen und die Schließung von Nahversorgern als Folge einbrechender Steuereinnahmen und Kaufkraft durch den Fortzug der erwerbsfähigen Bevölkerung. Dehne (2013: 8) spricht sogar von einer »Erosion der Daseinsvorsorge im Ländlichen Raum«, die insbesondere für sozial benachteiligte und mobilitätseingeschränkte Menschen erhebliche Einbußen an Teilhabemöglichkeiten und Lebensqualität mit sich bringt.

Um diesen Entwicklungsprozessen entgegen zu steuern und die Versorgung der alternden Landbevölkerung auch in Zukunft sicher zu stellen, wird von Seiten der Politik wie auch im wissenschaftlichen Engagementdiskurs seit langem auf die Bedeutung des freiwilligen Engagements hingewiesen und dieses zum Hoffnungsträger zur Lösung der Versorgungsprobleme stilisiert: Durch die Einbindung in Arrangements geteilter Verantwortung (Klie 2012: 131) sollen freiwillig Engagierte zu aktiven Mitgestalter\*innen im kommunalen Wohlfahrtsmix werden (vgl. Evers/Olk 1996).

Das Thema Älterwerden in ländlichen Räumen ist in der öffentlichen Diskussion also dominiert von Fragen der mangelnden Unterstützung für ältere Menschen und von Erwartungen an das soziale Engagement (älterer) Menschen dort.

Dabei wird gern davon ausgegangen, dass »familiäre, verwandtschaftliche, nachbarschaftliche oder vereinsorganisierte Unterstützungen« (Beetz et al. 2015: 5) in ländlichen Räumen nicht nur wesentlich seien, sondern geradezu »konstitutiv für das Funktionieren ländlicher Gesellschaften« [...], weil »marktorientierte Angebote aufgrund der relativ dünnen Nachfragesituation und der Erreichbarkeithürden entweder nicht vorhanden oder zu kostenintensiv sind« (ebd.).

»Unterstützungsleistungen vor Ort selbst zu organisieren, ist also gleichzeitig notwendig als Reaktion auf sich verändernde Verhältnisse im Zuge wirtschaftlicher und demographischer Prozesse und tradiert und üblich, weil es schon immer so gehandhabt wurde« (Alisch, Ritter et al. 2018: 10).

In dieser Ambivalenz ist ein sehr lebendiges soziales Engagement zu beobachten, das sich in einer wachsenden Zahl ländlicher Gemeinden in sogenannten Bürgerhilfevereinen organisiert. Solche Hilfevereine – die sich eher selten unter dieser Bezeichnung engagieren, sondern mit dem Miteinander oder Füreinander da sein die Philosophie ihrer selbstorganisierten Unterstützungsleistungen für ältere Menschen im Vereinsnamen tragen – sind im letzten Jahrzehnt sowohl in städtischen Verdichtungsräumen als auch in ganz unterschiedlichen ländlichen Gemeinden gegründet worden (1): Als Teil des Gemeinwesens sind diese selbstorganisierten Hilfen dort ebenso ein wesentlicher Faktor des Funktionierens der ländlichen Gesellschaften als auch ein Akteur, der eine Versorgungslücke an finanzierbaren Hilfen zur Bewältigung des Alltags älterer Menschen zu schließen versucht.

Die mit dem Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« 2002 und zuletzt dem zweiten Engagementbericht 2017 und dem siebten Altenbericht von 2016 konkretisierte Idee einer Engagementpolitik lässt sich als Konzept für zivilgesellschaftliche Mitverantwortung und Verantwortungsteilung verstehen, die dem freiwilligen Engagement mehr Gestaltungsmöglichkeiten und vor allem demokratische Mitverantwortung zuschreibt. Weitaus stärker als die-se demokratiethoretisch informierte Lesart sind die Diskussionen um die Übernahme von Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben durch die Zivilgesellschaft jedoch von der These dominiert, dass Engagement eine gesellschaftliche Produktivitätsressource (vgl. Neumann 2016) ist, um sorgende Aufgaben in der Gesellschaft noch bewältigen zu können (vgl. u.a. Breithecker 2008). Die von Klein et al. (2010) schon vor zehn Jahren eingeforderte Balance beider Lesarten von Mitverantwortung – als demokratische Gestaltungsmöglichkeit und als Ressource – steht noch immer aus. Gerade um die Erwartungen an ein solches Engagement realistisch einschätzen zu können, ist es wichtig, herauszuarbeiten, was Formen, Akteure und Ressourcen von Selbstorganisation tatsächlich leisten können (ebd.: 53).

## Selbstorganisierte Hilfen in ländlichen Räumen

Diese Ambivalenz zwischen Selbstorganisation und Engagement in und für den eigenen Lebensort im ländlichen Raum und der politisch formulierten Notwendigkeit der Übernahme von Mitverantwortung in der Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben war der Ausgangspunkt für das partizipative Praxisforschungsprojekt »Bürgerhilfevereine und Sozialgenossenschaften als Partner der öffentlichen Daseinsvorsorge und Pflege – Modellentwicklung zur ergänzenden Hilfeleistung für ältere Menschen im ländlichen Raum (BUSLAR)« (2).

Dabei haben wir uns kritisch und handlungsorientiert mit der sozialen Praxis von Mitverantwortung, geleistet durch Engagierte in ländlichen Bürgerhilfevereinen, auseinandergesetzt. Am Beispiel von drei ländlichen Bürgerhilfevereinen in zwei sehr unterschiedlich strukturierten ländlichen Regionen in Osthessen und Oberbayern haben wir die Möglichkeiten und Grenzen solchen Engagements untersucht. Im Fokus standen die Bedingungen des freiwilligen Engagements mit und für Ältere sowie die Projektentwicklung und Kooperation mit Trägern der Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen.

Die Projektziele wurden in drei Perspektiven formuliert:

- In einer *Governance-Perspektive* wurden lokale und regionale sozialräumliche und politische Rahmenbedingungen analysiert und bei der Netzbildung zwischen Bürgerhilfeorganisationen und öffentlicher Daseinsvorsorge und Pflegedienstleistern unterstützt.
- In einer *Bedürfnis-Perspektive* wurden sowohl die Interessenlagen der Engagierten in Bürgerhilfevereinen als auch die Bedürfnisse älterer Menschen als Adressat\*innen dieser selbstorganisierten Hilfen rekonstruiert und reflektiert.
- In der *Perspektive von Organisationsentwicklung* galt es, die an der Forschung beteiligten Bürgerhilfevereine als lokale sorgende Gemeinschaften zu stärken und durch tragfähige Organisationsmodelle dieses Engagement zu stabilisieren.

Methodisch wurden Bedürfnisanalysen im Format des »Zukunftscafés« (Zukunftswerkstätten, die in Zeit und Form den Möglichkeiten der älteren Menschen angepasst wurden) durchgeführt, sowie problemzentrierte Interviews mit den freiwillig Engagierten in ländlichen Bürgerhilfevereinen geführt. In Rückkoppelungsveranstaltungen wurden unsere Interpretationen aus den verschiedenen Formaten mit den jeweils Beteiligten diskutiert und so Optionen für das zukünftige Handeln entwickelt. (3)

## Möglichkeiten der Entwicklung selbstorganisierter Unterstützungsarrangements in ländlichen Räumen

In der handlungsforschenden Zusammenarbeit mit den Bürgerhilfevereinen, insb. den dort in den Vorständen Engagierten haben wir Gelegenheiten geschaffen, die eigenen Strukturen zur Organisation von Hilfen für ältere Menschen zu reflektieren und zu erkennen, welche Möglichkeiten es geben kann, diese Aufgaben nachhaltig weiterzuentwickeln.

Ausgangspunkt für die Beschreibung von Entwicklungsmöglichkeiten für solche Formen der Selbstorganisation war die Differenzierung ihrer aktuellen Arbeitsweisen entlang der Strukturmomente ihrer Hilfetätigkeit: »Charity« oder die »gute Tat« beschreiben die Idee, bewusst ehrenamtlich und ohne Gegenleistung zu helfen. Demgegenüber zeichnet sich Engagement im Lichte von »Solidarität« durch das Prinzip der Gegenseitigkeit aus: Wer heute hilft, kann später Hilfe aus dem Verein erwarten. Ein weiteres Strukturmoment zeigt sich in der Bezeichnung von Hilfe als zu erbringende Leistung, die durch Preise für Arbeitsstunden abgerechnet wird. Mit dem Begriff der »Marktkonkurrenz« haben wir solches Engagement zu fassen versucht, das in Form politischen Vorgaben aus Förderprogrammen folgt und z.B. den Erfolg dieser selbstorganisierten Übernahme von Mitverantwortung an eine steigende Mitgliederzahl oder die Anzahl der erreichten älteren Menschen bindet (ausführlich Alisch, Ritter et al. 2018). Mit diesen Strukturmomenten konnten drei Entwicklungsmodelle skizziert werden, die im Projekt ausführlich mit den Engagierten diskutiert wurden. Aspekte einer »Neuorganisation der inneren Strukturen« (Mitgliederwerbung, Anerkennungskulturen, Ansprache von Adressat\*innen, Bedürfnisermittlung etc.) sind darauf gerichtet, die selbstorganisierten Hilfen in den Bürgerhilfevereinen zu stabilisieren, um die

legitimen Interessen der Engagierten nach Freiwilligkeit, Entscheidung über Orte, Zeiten und Formen der Hilfeleistung in besseren Einklang zu bringen mit den Bedürfnissen der älteren Menschen bzw. Adressat\*innen dieser Hilfen nach persönlichen sozialen Kontakten, Gelegenheiten für beiläufige Kontakte und Orten des Zuhörens und gehört Werdens.

Eine nachhaltige Weiterentwicklung, die mit einer »Teilprofessionalisierung und marktförmig organisierte Arbeitsverhältnisse« einhergehen würde, greifen die politischen Zielsetzungen von Qualifizierungen und Weiterbildungen von freiwillig Engagierten auf, die in entsprechenden Projekten und Programmen bereits verankert sind. Damit sind zum einen fachliche Professionalisierungen z.B. als Demenzbegleiter\*innen gemeint, zum anderen geht es um die Professionalisierung der Abläufe, das Einstellen bezahlter Bürokräfte, die die Engagierten und die Hilfesuchenden zusammenbringen oder den Ausbau eines Bürgerhilfevereins als Netzwerkknoten in der Gemeinde, verbunden mit koordinierenden Aufgaben für Andere. Das dritte Modell einer möglichen Weiterentwicklung solcher Formen der Selbstorganisation ist die Gründung einer Sozialgenossenschaft, wie sie in den 1990er Jahren im Zuge der »Krise des Sozialstaats« schon entstanden waren und z.B. vom Land Bayern in den letzten Jahren gezielt gefördert wurden. Inwiefern solche Optionen der Stabilisierung oder Weiterentwicklung von Formen der selbstorganisierten Hilfen für ältere Menschen in ländlichen Kommunen tatsächlich geeignet sind, die Balance herzustellen zwischen freiwilligem Engagement im Sinne demokratischer Mitverantwortung oder Engagement als gesellschaftliche (Produktivitäts-)Ressource soll abschließend anhand der Bedingungen beschrieben werden, die wir im BUSLAR für Stabilisierung und Stärkung solcher Formen des Engagement herausarbeiten konnten.

### **Bedingungsfaktoren selbstorganisierter Unterstützungsarrangements für ältere Menschen in ländlichen Räumen (4)**

Deutlich wurde auch, dass die längst übernommene Mitverantwortung für die Gestaltung des Gemeinwesens und sozialer Teilhabe älterer Mitbürger\*innen in der Gemeinde eher zur Bürde wird, wenn dem Drängen zur Positionierung in diesem Feld durch die Politik nicht diskursive Räume (Ritter/ Buchner-Fuhs 2017) eröffnet werden, in denen die Engagierten ihre Grenzen und Möglichkeiten immer wieder reflektieren und klären können.

Die weitere Entwicklung solcher Formen von Selbstorganisation hängt maßgeblich und unersetzbar von den Interessen, Bedürfnissen und Belastbarkeiten der engagierten Personen in den Bürgerhilfevereinen ab. Das Engagement dieser meist selbst schon älteren Menschen richtet sich nach ihren eigenen biographischen Freiräumen »die durch Geld, Zeit und Freude eröffnet werden« (Alisch, Ritter et al. 2018). Die sorgenden Tätigkeiten, die diese Engagierten als Helfende gegenüber Älteren in der Gemeinde aber auch als aktive Organisator\*innen in der Planung und Umsetzung von sozialen Begegnungsveranstaltungen erbringen, sind für sie zusätzliche Aktivitäten in ihrem Alltag, die mit Veränderungen im Privaten oder Unzufriedenheiten mit Vereinsentscheidungen aufgegeben werden.

Die Engagierten möchten selbst entscheiden, wann, wie häufig, für welche Aufgabe und für wen sie sich einsetzen – dies ist ein ganz entscheidendes Moment für die Nachhaltigkeit solcher selbstorganisierten Hilfen für ältere Menschen. Insofern sind ihre Interessen nicht von außen zu steuern.

Im Projektverlauf hat sich deutlich gezeigt, dass genau diese Form des Engagements im Ehrenamt der Umsetzung eigener Interessen entspricht. Andere Formen der Mitverantwortung bei der Bewältigung der Herausforderungen ländlicher Kommunen, die mit einer Teilprofessionalisierung verbunden wären oder die weitere Kompetenzen im Management erfordern würden, weil z.B. eine Genossenschaftsgründung politisch gewünscht ist, können nicht von außen und auch nicht verknüpft mit finanziellen Anreizen erzwungen werden. Solche Versuche führen eher zum Rückzug und zur deutlichen Hinwendung zum Kernbedürfnis nach selbstbestimmter ehrenamtlicher Tätigkeit. Dabei ist der Begriff des Ehrenamts bewusst gewählt: Es ist der Begriff, den die Engagierten selbst für ihre Aktivität verwenden!

In welcher Art und Weise – mit welchen Schwerpunkten in Hilfediensten oder sozialen Veranstaltungen – und in welcher Geschwindigkeit sich die Hilfestrukturen entwickeln, hängt auch von den (berufs-)biografischen Erfahrungen, Kenntnissen und Ressourcen der Gründer\*innen bzw. Vereinsvorständen ab, die die Ziele und Arbeitsweisen im Verein prägen.

Ein weiterer wesentlicher Faktor, ob solche selbstorganisierten Unterstützungsarrangements auf Dauer funktionieren, sind die Strukturen ziel- und themengerichteter regionaler institutioneller Netzwerke, die höchst ortsspezifisch und damit schwierig berechenbar sind. Solche zivilgesellschaftlichen Aktivitäten mit den Angeboten und Dienstleistungen anderer Akteure abzustimmen, ist eine Empfehlung, die an jedem Ort auf je unterschiedlich komplexe Vernetzungsstrukturen stößt. Vernetzungen als konstituierendes Element einer politischen Strategie z.B. zum demografischen Wandel, zur Entwicklung ländlicher Räume, zur Lebensqualität im Alter, zur Gesundheit oder zum freiwilligen Engagement, sind längst selbstverständlich. Insofern kommt es darauf an, nicht ein weiteres Vernetzungsknäul zu erzeugen, sondern Bürgerhilfevereine als neuen kollektiven Akteur in die bestehenden diskutierenden, steuernden und handelnden Netzwerke einzubeziehen.

Damit wird allerdings schnell deutlich, dass ein Zusammenschluss von Ehrenamtlichen diese zusätzliche Aufgabe nicht bewältigen kann. Hier sind die Kommunen gefordert, ein »professionelles ‚Scharnier‘ zu etablieren, das für die Bürgerhilfevereine die konkrete Vernetzungsarbeit mit anderen lokalen und regionalen Akteuren leistet und organisiert, Kontakte entlang der Vereinsinteressen knüpft und hält und projekt- wie themenbezogen die Engagierten der Hilfevereine dabei unterstützt, die jeweils geeigneten Partner zu finden« (Alisch, Ritter et al. 2018: 139).

Wer als geeignete Partner\*in für welche Aufgabe oder welches spezifische Projekt in Frage kommt, folgt den lokalen Eigenlogiken der ländlichen Kommunen. Daraus ergibt sich die ökonomische Struktur der ländlichen Räume als Bedingungsfaktor der Nachhaltigkeit selbstorganisierter Unterstützungsarrangements für ältere

Menschen. Die unterschiedlichen sozialräumlichen und sozio-ökonomischen Ausgangssituationen der Arbeit von Bürgerhilfevereinen sind mitentscheidend dafür, wie eine Kommune die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten von Bürgerhilfevereinen stärken will und kann. Wenig Einfluss hat die sozialräumliche und ökonomische Struktur auf die innere Struktur, die Vernetzungsarbeit, Mitgliedergewinnung oder die konkreten Hilfen der Bürgerhilfevereine.

Die politischen Konstellationen und Personen in den Kommunen sind ein weiterer und wesentlicher Bedingungsfaktor und eng verknüpft mit der wirtschaftlichen Struktur der ländlichen Räume. »Sie erweisen sich als hoch relevant für die Form, Richtung und Geschwindigkeit, mit der sich solche zivilgesellschaftlich organisierten Unterstützungsleistungen für ältere Menschen entwickeln werden« (Alisch, Ritter et al. 2018: 140). Es ist ein Unterschied, ob in einer ländlichen Kommune Altern oder Lebensqualität im Alter als Zukunftsthema verhandelt wird, weil Zuzüge erwerbsfähiger Bevölkerungsgruppen nicht zu erwarten sind und entsprechend die Entwicklungsentscheidungen daran ausgerichtet werden oder ob die Folgen des demographischen Wandels mit einer Zuzugs- und Wirtschaftsförderungspolitik beantwortet werden können und die Gestaltung des Gemeinwesens aus der Perspektive der Älteren nicht im Zentrum steht.

## Fazit

Die Leistungen der freiwillig Engagierten in selbstorganisierten Bürgerhilfevereinen in ländlichen Räumen sind fragil. Sie sind stark orientiert an den individuellen Interessen und keineswegs einfach in die Abläufe und Verfahren von Politik und Verwaltung einzubinden. Das Engagement in den Bürgerhilfevereinen folgt nicht den Logiken von Planungssicherheit (abrufbar, zeitlich verlässlich und stabil im Angebot). Dieses Engagement ist jedoch sehr bedeutsam für den Erhalt des sozialen Lebens, von Teilhabe und Lebensqualität in den ländlichen Kommunen. Dieses Engagement zu erhalten – es nicht zu überfordern und nicht zu überformen – ist zentrale Aufgabe politischer Unterstützung!

Dazu sollte die kommunale Politik und Verwaltung ein organisatorisches »Scharnier« schaffen zwischen dem Eigensinn des zivilgesellschaftlichen Engagements und der Eigenlogik öffentlicher Verwaltung und Politik: Zur Entlastung von konkreter Vernetzungsarbeit mit anderen lokalen und regionalen Akteuren und zum Unterstützen im Einsatz von Methoden, um die Bedürfnisse sowohl ihrer Adressat\*innen für Hilfen als auch ihrer Mitglieder zu ermitteln:

Die Bürgerhilfevereine haben das Soziale im Kern, das jedoch nur immer wieder in Form von Kontakt- und Partizipationsmöglichkeiten bereitgestellt werden kann, wenn der Eigensinn des Engagements ausreichend geschützt wird. Entsprechende diskursive Räume (Ritter/Buchner-Fuhs 2018) ermöglichen Reflexionen über gemeinsame Interessen und Bedürfnisse einerseits und die Bearbeitung von Krisen und Konflikten in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Interessensgruppen andererseits. Auftrag an die Politik könnte sein, die

Vereine dadurch zu stärken, dass man ihnen diese diskursiven Räume immer wieder bereitstellt, in denen dann kritisch und konstruktiv an der Kooperation mit kommunalen Akteuren gearbeitet werden kann.

## Anmerkungen

---

1 Siehe dazu ausführlich Rosenkranz, Beyer 2015; Alisch, Ritter et al. 2018.

2 BUSLAR ist ein Verbundprojekt der Hochschule Fulda, Fachbereich Sozialwesen, Prof. Dr. Martina Ritter und Prof. Dr. Monika Alisch (koordinierend) und der Hochschule für angewandte Wissenschaften München, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften, Prof. Dr. Annegret Boos-Krüger, Prof. Dr. Christine Schönberger. Das Projekt wurde vom BMBF in der Förderlinie SILQUA-FH von 2014 bis 2017 gefördert (FK 03FH004SB4, 03FH004SA4).

3 Details siehe in Alisch, Ritter et al. 2018.

4 Dieser Abschnitt entspricht weitgehend dem Kapitel 5 des Artikels: Alisch, Monika/Ritter, Martina (2019): »Es braucht ein ganzes Dorf...«. In: Alisch, Monika; Hagspiel, Stephanie; Kreipl, Claudia; Ritter, Martina (Hrsg.): Soziale Innovationen: Alter(n) in ländlichen Räumen. Perspektiven von Selbstorganisation, Teilhabe und Versorgung. Gesellschaft und Nachhaltigkeit, Bd. 6. Kassel: Kassel university press. S. 98ff.

## Literatur

---

Alisch, Monika/ Ritter, Martina/ Boos-Krüger, Annegret/ Schönberger, Christine/ Glaser, Roger/ Rubin, Yvonne/ Solf-Leipold, Barbara (2018): »Irgendwann brauch' ich dann auch Hilfe ...!« – Selbstorganisation, Engagement und Mitverantwortung älterer Menschen in ländlichen Räumen. Beiträge zur Sozialraumforschung, Band 17. Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich Verlag.

Beetz, Stephan/Voigt, Alexander/Gasch, Anna-Clara/Rodriguez-Abello, Sarah (2015): Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993, 2012: Vol. 4, Soziale Unterstützungsstrukturen im Wandel. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut, Thünen Report 32.

Breithecker, Renate (2008): Möglichkeiten der Selbstorganisation älterer Menschen. Abrufbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-155653>

Dehne, Peter (2013): Ein Umbau der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen ist notwendig. In: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.): Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck. Wie reagieren auf den demografischen Wandel? Januar 2013, Bonn. S. 6-8.

Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/~dip21/btd-/14/-089-/-1408900.pdf>.

Evers, Adalbert/Olk, Thomas (Hrsg.) (1996): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen: Leske+Budrich.

Klein, Ansgar/ Olk, Thomas/ Hartnuß, Birger (2010): Engagementpolitik als Politikfeld: Entwicklungserfordernisse und Perspektiven. In: dies. (Hrsg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 24-59.

Klie, Thomas (2012): Rahmenbedingungen quartiersbezogener Strategien für ein Leben im »pflegebedürftigen Alter«. In: Kümpers, S./Heusinger, J. (Hrsg.): Autonomie trotz Armut und Pflegebedarf? Altern unter Bedingungen von Marginalisierung. Bern: Huber. S. 123-134.

Küpper, Patrick/Steinführer, Annett (2017): Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zwischen Ausdünnung und Erweiterung: Ein Beitrag zur Peripherisierungsdebatte. In: Europa Regional 23, 4. S. 44-60.

Ritter, Martina/ Buchner-Fuhs, Jutta (2017): Diskursive Zwischenräume, Fotografie und Photovoice – Werkstattmethoden in der partizipativen Sozialplanung mit Heranwachsenden. In: Alisch, Monika / May, Michael (Hrsg.): Methoden der partizipativen Sozialraumforschung, Opladen, Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 123-148.

Rosenkranz, Doris/Beyer, Thomas (2015): Wie wollen wir leben im Alter? Notwendigkeit und Chancen selbstorganisierter Solidarität in einer sich wandelnden Gesellschaft. In: Beyer, T./Görtler, E./Rosenkranz, D. (Hrsg.): Seniorenengagementschaften. Organisierte Solidarität. Weinheim, Basel: Beltz Verlag. S. 12-19.

## Autorinnen

---

**Monika Alisch**, Prof. Dr. phil. habil., Dipl. Soziologin, Professorin für Sozialraumorientierte Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Sozialplanung, Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda. Sie ist Sprecherin des wissenschaftlichen Zentrums »CeSSt – Centre of Research for Society and Sustainability« (Zentrum Gesellschaft und Nachhaltigkeit) der Hochschule Fulda. Ihre Arbeitsthemen sind Sozialraum, Migration und alternde Gesellschaft, Partizipation, Ländliche Räume und Kleinstadtforschung.

**Martina Ritter**, Prof. Dr. phil. habil., Dipl. Soziologin; Professorin am Fachbereich Sozialwesen der Hochschule Fulda. Leitungsgremium des »CeSSt – Centre of Research for Society and Sustainability« (Zentrum Gesellschaft und Nachhaltigkeit) der Hochschule Fulda. Forschung zur Dynamik von Öffentlichkeit und Privatheit, Engagement und Alter, Genderverhältnisse und Zivilgesellschaft.



---

**Kontakt:**

Hochschule Fulda, University of Applied Sciences  
Fachbereich Sozialwesen  
CeSSt - Centre of Research for Society and Sustainability  
Leipziger Straße 123  
36037 Fulda  
E-Mail: [monika.alisch@sw.hs-fulda.de](mailto:monika.alisch@sw.hs-fulda.de)  
[martina.ritter@sw.hs-fulda.de](mailto:martina.ritter@sw.hs-fulda.de)

**Redaktion**

---

Stiftung Mitarbeit  
Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft  
Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers  
Ellerstr. 67  
53119 Bonn  
E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)